

Beschluss der Mitgliederversammlung der ASG Berlin vom 9.4.2014
Antrag zum Landesparteitag am 17. Mai 2014

Antrag

Keine Senkung des Steuerzuschusses im Gesundheitsfonds! Keine willkürliche einseitige Belastung der Versicherten und Rentner_innen!

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sowie des Deutschen Bundestages werden aufgefordert, sich gegen die geplante, willkürliche Kürzung des Steuerzuschusses im Gesundheitsfonds einzusetzen.

Begründung:

Der Haushaltsentwurf der Regierungskoalition sieht – entgegen jeglichen Aussagen des Koalitionsvertrages - vor, den Steuerzuschuss zum Gesundheitsfonds im Jahre 2014 um 3,5 Mrd. € auf 10,5 Mrd. € und 2015 um 2,5 Mrd. € auf dann 11,5 Mrd. € abzusenken. Damit stehen den Krankenkassen diese Beträge weniger zur Verfügung, wegen der gleichzeitigen Festschreibung der Arbeitgeberbeiträge müssen die Versicherten, Rentnerinnen und Rentner diese Milliardensummen alleine aufbringen. Es findet damit dauerhaft eine milliardenschwere Umverteilung zu Lasten der Versicherten statt.

Der Steuerzuschuss wurde unter sozialdemokratischer Führung zur Kompensation von familienpolitischen Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen eingeführt. Dabei gab es einen Konsens zwischen Union und SPD, diesen Steuerzuschuss kontinuierlich ansteigen zu lassen, auch um die Versichertengemeinschaft in der Entwicklung nicht über Gebühr zu belasten.

Jetzt soll dieser breite Konsens aus rein haushalterischen Gründen gekündigt werden und ein in der Höhe absolut willkürlicher, mutmaßlich irreversibler einseitiger Griff in die Taschen der Versicherten stattfinden. Dies ist abzulehnen.